



Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)
Vorsitzender der Geschäftsführung
- Stefan Studt

Eschenstraße 55
31224 Peine

dialog@bge.de

Padborg, 19.03.2021

Sehr geehrter Herr Studt,

seit 1997 arbeitet die Region Sønderjylland-Schleswig mit den kommunalen und regionalen Partnern an der deutsch-dänischen Landgrenze gemeinsam an der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Einwohner*innen und am Abbau von Barrieren, die die Grenze mit sich bringt.

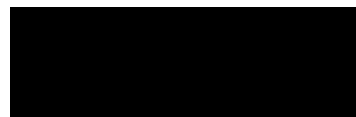
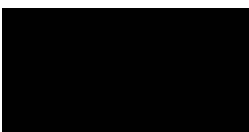
Hierzu zählt auch der politische Dialog zu kritischen Themen und die Vermittlung von Vorstellungen und Wünschen über die Grenze hinweg.

Die Grenzregion hat sich in der Vergangenheit sehr intensiv mit der Lagerung von Bauabfällen aus den stillgelegten kerntechnischen Anlagen in Schleswig-Holstein befasst und eine Stellungnahme gegenüber dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein abgegeben. Diese finden Sie zur Kenntnis in Anhang dieses Schreibens.

Im Geiste dieser Stellungnahme und der Tatsache geschuldet, dass Dänemark sich bereits in den 1970'er Jahren gegen die Nutzung von Kernkraft ausgesprochen hat, bitte ich Sie, diese Gründe in Ihre weiteren Abwägungen und Entscheidungen hinsichtlich der Endlagersuche einzubeziehen.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen





Anhang

Stellungnahme der Region Sønderjylland-Schleswig gegen die Deponierung von sog. freigemessenen Bauabfällen aus kerntechnischen Anlagen in der Regionsgemeinde Harrislee (17.9.2020)

Der Vorstand der Region Sønderjylland-Schleswig fordert das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein auf, von der geplanten Deponierung von freigemessenen Abfällen aus dem Rückbau kerntechnischer Anlagen auf dem Deponiestandort in der Gemeinde Harrislee Abstand zu nehmen. Der Vorstand fordert insbesondere dazu auf, nicht das nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgesehene zwangsweise Verfahren von Zuweisungen gegen das Votum von betroffenen Gemeinden oder Nachbargemeinden oder Deponiebetreibern anzuwenden.

In den vergangenen Jahren haben sich neben der Landesregierung Deponiebetreiber und Sitz- und Nachbargemeinden von Deponien u.a. in einer Begleitgruppe intensiv mit dem Problem der Deponierung auseinandergesetzt. Konsens insbesondere mit der Landesregierung war bisher eine freiwillige Beteiligung aller Beteiligten an dem Modell „Deponie Plus“. Eine zwangsweise Zuweisung von freigemessenen Abfällen widerspricht dem Geist der gesamten bisherigen interdisziplinären Zusammenarbeit.

Eine in Frage kommende Deponie liegt in der Regionsgemeinde Harrislee in unmittelbarer Nachbarschaft zu den deutschen Grenzkommunen Flensburg und Handewitt und zur dänischen Grenzkommune Apenrade. Diese Regionsgemeinden lehnen eine Ablagerung auf der Deponie ab.